

DOI: 10.5771/0342-300X-2025-5-336

Eine dritte Stufe ökologischer Sozialpolitikforschung

FRANK NULLMEIER

Es ist keine fünf Jahre her, da hatte die ökologische Frage die Sozialpolitik noch nicht erreicht. Die Klimapolitik schaute zwar schon auf das Thema sozialer Ungleichheit, wusste aber von Sozialpolitik fast nichts. Auch die jeweiligen Wissenschaftsdisziplinen standen einander fremd gegenüber. Es folgten erste Versuche, sich wenigstens wechselseitig zu verstehen.

Dann ging alles sehr schnell. Die ökosoziale Transformation war das Thema des Tages, die Verbindung von Ökologie und Sozialem wurde zum Erfolgsfaktor zukunftsorientierter Politik erklärt. Aber es fehlte vielleicht an dem Verständnis, welche Umbauten dazu erforderlich und welche Widerstände zu erwarten waren.

Der Versuch, diese Programmatik in Regierungspolitik zu übersetzen, war in einigen Reformen nicht erfolgreich. Während weniger symbolträchtige Elemente gerade zur Energiewende durchgesetzt werden konnten, wurde weder das damalige Kernstück einer sozialen Klimapolitik, das Klimageld, realisiert, noch gelang es, die Subventionierung der Heizungsmodernisierung in Wohngebäuden von vornherein sozial auszugestalten. Die klassische Sozialpolitik verlief weiter in tradierten Bahnen. Sie stellte sich zwar programmatisch den Anforderungen einer ökologischen Wende, aber es fehlte an Investitionsmitteln zur nachhaltigen Umstellung von Krankenhäusern, Kindertagesstätten und Pflegeeinrichtungen.

Zudem wurde das ökosoziale Anliegen in der Öffentlichkeit als Eingriff in die Freiheitsphäre des Einzelnen stilisiert. Klimaschutz wurde als Kostenfaktor im Wettlauf auf den Weltmärkten angesehen und Sozialpolitik auf Grundsicherung für angeblich Arbeitsunwillige reduziert. Auf der Ebene des öffentlichen Diskurses geriet alles Ökosoziale in die Defensive, und dies in einer Intensität und Stärke, die zwei Jahre vorher gar nicht vorstellbar gewesen wäre, weil die Verbindung von Klima- und Sozialpolitik völlig plausibel und notwendig erschien.

Die Wandlungen in der öffentlichen Wahrnehmung hatten einen extrem schnellen Rhythmus.

Dennoch kann man die Entwicklung der letzten Jahre auch als Stufenfolge einer Vertiefung der wissenschaftlichen Analyse ökosozialer Politik verstehen. Aktuell tritt die fachliche Debatte in ein neues, drittes Stadium ein, das für Politik und Gesellschaft Wissen von hohem informativem Gehalt liefern kann.

Den Anfang bildete die Klimaforschung mit der Erkenntnis der sozial höchst unterschiedlichen Anteile an der Verursachung des Klimawandels sowie der höchst unterschiedlichen Betroffenheit von Klimaschäden. Ungleichheiten werden durch ökologische Belastungen weiter verschärft, neue Vulnerabilitäten entstehen, interagieren aber häufig mit schon bestehenden sozialen Benachteiligungen. Damit war klar: Klimawandel hat eine soziale Dimension und wirft neue Fragen für die Sozialpolitik auf.

Aber auch viele Maßnahmen einer entwickelten Klimapolitik wie z. B. die CO₂-Bepreisung wirken sozial ungleich. Für die Anerkennung dieser Tatsache und der Notwendigkeit einer sozialen Flankierung der Klimapolitik steht das Klimageld. Damit schuf sich Klimapolitik ihre eigene So-

zialpolitik – neben den bestehenden Institutionen der sozialen Sicherung. Eine vollständige Integration von Sozial- und Klimapolitik war das aber noch nicht.

Auf einer zweiten Stufe wurde die Frage nach dem Zusammenspiel beider Bereiche grundsätzlicher gestellt: Wie kann jenseits einzelner Maßnahmen eine systematische Bezugnahme aufeinander erfolgen? International wird diese Frage in einem neuen Forschungsgebiet erörtert, für das sich der Ausdruck „Sustainable Welfare“ eingebürgert hat. Bei der Diskussion dieser grundsätzlichen Frage wurde sichtbar, wie nahe eine ökosoziale Politik entweder einem Postwachstumsparadigma oder der Idee einer grünen Modernisierung steht. Während eine radikale Veränderung auch des (individuellen) Konsumverhaltens und der öffentlichen Infrastrukturen Teil eines Postwachstumsprogramms ist, belässt es der Weg des „Green New Deal“ oft bei einer Umstellung der Technologien und der Vermeidung von CO₂-Emissionen.

Aktuell erreicht die Diskussion eine dritte Stufe. Nunmehr werden umfassende Konzepte der Ökosozialpolitik konkretisiert. Es wird auf der Ebene der einzelnen Sozialpolitiken nach Lösungen gesucht. Dabei stellen sich zwei Fragen. Erstens: Welche sozial ungleichen Verursachungen der Klimakrise, welche Folgen des Klimawandels und welche sozialen Implikationen von Klimapolitik können mit den bisherigen sozialpolitischen Instrumenten bearbeitet werden und wofür bedarf es neuer sozialpolitischer Instrumente? Und zweitens: Welche ökologischen Folgen haben die Sozialsysteme selbst und wie ökologisch kann man sie ausgestalten?

Damit stellen sich neue Herausforderungen. Es gilt, detailliert aufzuzeigen, welche Regelungen in welchem sozialpolitischen Sektor wie geändert werden müssten, um einen Beitrag zur Klima- und Umweltpolitik zu leisten und Folgewirkungen klimapolitischer Instrumente aufzufangen.

Die dritte Stufe führt also hinab zu den Mühen der Ebene. Entsprechende Arbeiten bleiben nicht mehr bei abstrakten Konzepten oder Symbolinstrumenten stehen, sondern widmen sich einzelnen Regelungskomplexen. Sie stellen die je nach sozialpolitischem Feld unterschiedlichen Möglichkeiten dar, sich mit Klimapolitik zu verbinden. Die ökosoziale Transformation muss in die Regelungsstruktur aller Sozialpolitikfelder eindringen und diese von innen heraus erfassen. Anstöße zu einer solchen ökologischen Durchdringung der Sozialpolitiken zu geben, ist das Anliegen der Beiträge in diesem Heft. ■

AUTOR UND CO-KOORDINATOR DIESES HEFTS

FRANK NULLMEIER, Prof. Dr., Universität Bremen, SOCIUM Forschungszentrum Ungleichheit und Sozialpolitik. Forschungsschwerpunkte: Sozialpolitikforschung, Interpretative Politikanalyse, Politische Theorie, Verwaltungswissenschaft.

@ frank.nullmeier@difis.org